

Verbotsverfahren für die sogenannte "AfD"

Die ZaPF fordert zum Schutz der Demokratie und der freiheitlich-demokratischen Grundordnung als Basis der Wissenschaftsfreiheit und Freiheit von Forschung und Lehre alle Fraktionen im Bundestag, die Landesvertretungen im Bundesrat und die Bundesregierung dazu auf, ein Verbotsverfahren gegen die Partei "Alternative für Deutschland" beim Bundesverfassungsgericht anzustoßen.

Die sogenannte AfD bedroht aktiv die freiheitlich-demokratische Grundordnung, welche Grundlage für jegliche studentische Mitbestimmung, geschweige denn Selbstverwaltung ist. Die sogenannte AfD behindert die Arbeit von Studierendenvertretenden und fordert sogar offen die Abschaffung verfasster Studierendenschaften und somit die Abschaffung sämtlicher rechtlicher Strukturen von Fachschaften.

Verabschiedet am 04. Mai 2025 auf der ZaPF in Erlangen.